

Archiv

Vorstandes der Sozialdemokratischen  
Partei Deutschlands, Bonn

16. MRZ



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/KVI/63 - 16. März 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

- |       |  |    |
|-------|--|----|
| 1     | <u>Die andere Seite der Medaille</u><br>Nach der Debatte über den Verteidigungshaushalt  | 49 |
| 2     | <u>Der Schlüssel</u><br>Südafrika verlässt das Commonwealth  | 42 |
| 3 - 4 | <u>Schätzennilfe für die Kommunisten</u><br>Belastung für die österreichische Innenpolitik<br>Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Frantz | 65 |
| 5     | <u>Unerwünschte Anwesenheit</u><br>Erlebnis eines Jungsozialisten  | 41 |
| 6 - 7 | <u>Endlich Klarheit im Fall Kilb</u><br>Und der Kanzler schwieg  | 65 |

\* \* \* \*

### Die andere Seite der Medaille

#### Nach der Debatte über den Verteidigungshaushalt

G.M. - Die Bundestagsdebatte über den Verteidigungshaushalt in Höhe von rund elf Milliarden DM brachte außer zahlreichen mehr technischen Darstellungen der Verteidigungsmöglichkeiten ein bemerkenswertes Eingeständnis von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß. Herr Strauß stellte fest, für ihn stehe die Vertragstreue der SPD außer Zweifel. Hoffentlich setzt sich diese Erkenntnis auch bis in die untersten Gliederungen der Partei des Bundesverteidigungsministers durch. Viel Gift würde dadurch dem bevorstehenden Wahlkampf entzogen.

Im übrigen sprach sich der Verteidigungsminister karunökig für die atomare Rüstung der Bundeswehr aus, wobei er allerdings - klugerweise - durchblicken ließ, daß er sich in Erwartung einer neuen amerikanischen Verteidigungskonzeption auch einer anderen Überlegung anschließen würde. Herr Strauß ist also vorsichtig; er weiß nur zu gut, daß er sich mit seinen früheren konkreten Forderungen hinsichtlich der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr auf sehr unsicherem Gelände bewegt.

Historisch interessant ist die Bestätigung des Bundesverteidigungsministers, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer im Jahre 1950 mit "politischem Instinkt" den Alliierten in Form eines Memorandums die Wiederaufrüstung Westdeutschlands angedeutet hat. Dies, wenige Monate nachdem derselbe Bundeskanzler damals öffentlich erklärt hatte, er würde die Wiederbewaffnung Deutschlands für ein Unglück halten...

Von entscheidender Bedeutung für den Wert der Verteidigungsdebatte im Bundestag ist jedoch die Tatsache, daß der direkt angesprochene Verteidigungsminister auf die Fragen der sozialdemokratischen Abgeordneten Helmut Schmidt und Fritz Erler, welchen Beitrag denn die Bundesregierung im Rahmen der westlichen Diskussion über Abrüstung und Entspannung selbst zu leisten gewillt sei, keine klare Antwort hatte. Außer allgemeinen Bemerkungen, man sei auch für Abrüstung und Entspannung, brachte dieser Teil der Debatte kein Resultat.

Das alles ist irgendwie gespenstisch, denn zur gleichen Zeit, da Regierung und Opposition im Bundestag über den neuen Verteidigungshaushalt debattierten, erklärte der amerikanische Präsident Kennedy in Washington, die Regierung der Vereinigten Staaten habe der Sowjetunion vorgeschlagen, die Abrüstungsbesprechungen spätestens im August dieses Jahres wieder aufzunehmen. Kennedy erklärte auch, er hoffe, daß die Gensek Dreinächte-Verhandlungen über den Atomversuchsstopp eine Vereinbarung bringen würde, die allen betroffenen Ländern "angemessene Sicherheit" gewährleisten. Bedenkt man, daß der US-Botschafter in Moskau, Thompson, noch vor kurzem Herrn Chruschtschow bis nach Sibirien nachreiste, und dort dem Kreml-Chef eine persönliche Botschaft Kennedys überbrachte, (von der man inzwischen weiß, daß sie wohl konkrete Anregungen für die Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche enthielt) dann ist das, was sich zur Zeit in Bonn abspielt, mehr oder weniger ein Anachronismus.

Wir werden uns sicher daran gewöhnen müssen, die notwendigen Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik noch mehr als bisher im Rahmen einer westlichen Gesamtkonzeption zu sehen. Was man in dieser Beziehung am Mittwoch vom Verteidigungsminister und seinen Parteifreunden im Bundestag zu hören bekam, läßt jedoch kaum auf ein wirkliches Verständnis für diese These schließen.

### Der Schlußstrich

E.D. - Die Konferenz der Commonwealth-Länder in London ist entgegen mancherlei Erwartungen nicht ohne einen dramatischen Schlusseffekt geblieben. Südafrikas Ministerpräsident Verwoerd hat seinen Antrag, das Land auch nach der Umwandlung in eine Republik am 1. Mai 1961 im Commonwealth zu belassen, zurückgezogen und damit praktisch das Ausscheiden der Südafrikanischen Union aus der vielrassigen Völkerfamilie des Commonwealth vollzogen.

Schon seit langen haben insbesondere die afrikanischen und asiatischen Mitglieder des Commonwealth die politische Ausrichtung der Südafrikanischen Union und deren oft mit brutaler Härte verwirklichter Massnahmen der Rassentrennung als eine ungeheure Belastung für ein harmonisches Zusammenleben empfunden und zum Ausdruck gebracht. Auch die britische Regierung, die stets versucht hat, einen massigenden Einfluss auf die regierenden Kreise in Pretoria auszuüben, konnte sich der Entwicklung in der gesamten afrikanischen und asiatischen Welt nicht entziehen. In der Grossbritannien's Premierminister Macmillan selbst, der im vergangenen Jahr vor dem Parlament in Kapstadt vom "Wechsel des Windes" sprach, der Afrika durchraust und damit sehr nachdrücklich die Südafrikaner auf die folgenreichen Probleme hinwies, die sich aus der Rassentrennungspolitik ihrer Regierung nicht nur für das Land selbst, sondern auch für das Commonwealth ergeben würden.

Was die Lecker der Geschichte der Südafrikanischen Union auf Grund ihrer starrer Einstellung dem legitimen Aufbegehren der afrikanischen Einwohner gegenüber nicht einsahen, das hatte Grossbritannien schon längst erkannt: Für eine Politik, die dem Selbstbestimmungsrecht der Afrikaner Rechnung trug und innerhalb des Commonwealth die Auffassung des harmonischen Zusammenlebens aller Rassen vertrat, konnte und kann jenes einzigartige politische Gebilde, das britische Staatskunst geschaffen hat, den Wandel der politischen Realitäten in der Welt von heute sterben lassen. Selbst ein so dem pan-afrikanischen Gedanken verpflichteter Politiker wie Ghanas Staatspräsident Kwame Nkrumah hat es in der Vergangenheit nie unterlassen, dem Regime in Pretoria goldene Brücken zu bauen, in der Hoffnung, der Einfluss der afrikanischen und asiatischen Mitglieder des Commonwealth werde trotz aller Schwierigkeiten eine Änderung oder zumindest eine Milderung der Rassentrennungspolitik Südafrikas bewirken können. Verwoerd aber hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und seine Weigerung, selbst auf der Commonwealth-Konferenz in London einer als Kompromissvorschlag gedachten Erklärung über die Rechte aller Rassen im Commonwealth zuzustimmen, hat das Band zerschnitten.

So sehr auch zur Stunde noch grosse Teile der Öffentlichkeit in einzelnen Mitgliedstaaten des Commonwealth diesen Schritt mit gemischten Gefühlen betrachten mögen, so sind sich wohl alle darüber im Klaren, dass ein weiteres Vorbleiben Südafrikas im Commonwealth die Beziehungen dieser Völkerfamilie untereinander, aber auch das Verhältnis seiner westlichen Mitglieder, darunter besonders Grossbritannien, zur afro-asiatischen Welt auf das Schwerste belastet hätte. Der freie Westen muss in der Auseinandersetzung mit den anstürmenden Mächten des Kommunismus glaubwürdig erscheinen; er darf keineswegs den Eindruck aufkommen lassen, ran sei zwar gegen den östlichen Totalitarismus, lasse es aber zu, wenn einige der sich zu ihm bekennenden Nationen unter Berufung auf die Prinzipien der westlichen Welt Handlungen begehen, die diesen Prinzipien diametral entgegengesetzt sind. Das war bei Südafrika der Fall.

16. März 1961

### Schützenhilfe für die Kommunisten

Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Am 12. März haben in der Steiermark Landtagswahlen stattgefunden. Als "Barometerwahlen" hat man ihnen größte Aufmerksamkeit geschenkt; der Wahlkampf war entsprechend heftig. Aber auch in sonstiger Beziehung waren diese Wahlen bemerkenswert.

Die Steiermark ist flächenmässig nach Niederösterreich das zweitgrösste österreichische Bundesland und der Einwohnerzahl nach hinter Wien und Niederösterreich das drittgrösste. Die Hauptstadt Graz ist die zweitgrösste Stadt Österreichs. Die "grüne" Steiermark zeichnet sich sowohl durch landschaftliche Schönheit wie durch ihre ertragsreiche Landwirtschaft in einem Teil und durch einen besonders hohen Grad der Industrialisierung im anderen Teil des Landes aus. Dies allein wäre schon Grund genug, Landtagswahlen ernst zu nehmen.

Hinzu kommt aber noch, dass die Steiermark zwei besonders profilierte konservative Politiker der Gegenwart stellt. Es ist dies der designierte Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, Landesobmann der ÖVP von Steiermark und auch Obmann der gesamten ÖVP, und es ist der ÖVP-Landeshauptmann Josef Krainer, von seinen Anhängern in monarchistisch-reaktionärer Verdrängung auch "Landesvater" genannt. Die ÖVP hatte schon bisher in diesem Bundesland stets die Mehrheit.

Seit 1945 hat Niederösterreich den Regierungsschiff gestellt. Sowohl Ing. Leopold Figl als auch Ing. Julius Raab waren Niederösterreicher. Die Nominierung des Steirers Dr. Alfons Gorbach zum Nachfolger Raabs als Parteivorsitzender und Bundeskanzler hat das Selbstbewusstsein steirischer konservativer Kreise erhöht und auch zahlreichen politisch Harmlosen inneren Auftrieb gegeben. In der Steiermark herrscht von jeher die Auffassung, dass man es "öden in Wien zu zeigen" müsse, das heisst, sie über den richtigen Weg zu belehren hätte, wenn man in Niederösterreich wegen der engen Bindung an Wien nicht hinreichend qualifiziert sei.

Nun ist aber Dr. Gorbach - trotz einschlägiger Bekämpfungen - nicht der grosssprecherische Typ, der sich solcherart stark macht, wohl aber der Landesvater Krainer. In den letzten Monaten, insbesondere aber natürlich in den vergangenen Wochen, hat er immer wieder von sich reden gemacht. Krainer hat beispielsweise die absurde Idee des verhinderten

Thronprätendenten Dr. Otto Ehasburg bezüglich der Einführung eines auf dem monarchistischen Prinzip beruhenden "Justizkanzlers" als obersten Hüter des Rechts in Österreich zu popularisieren versucht. Sodann betätigte sich Krainer als "Koalitionsstürmer", als scharfer Kritiker der Regierungskoalition zwischen ÖVP und SPÖ -- ungeachtet der Tatsache, dass es die gleiche Koalition auch in der steirischen Landesregierung gibt, der er selbst vorsteht.

Krainer verkörpert gewissermassen das Unbehagen des Grossbürgertums und der Industriellen gegenüber den sozialen Errungenschaften der Sozialisten und ist daher als Gegner der Koalition der vollen Unterstützung aller reaktionären Kreise würdig. So hat die Sektion Industrie der Handelskammer kurz vor den Landtagswahlen die staunende Öffentlichkeit mit der Ankündigung einer grossen "Preisstop-Aktion" überrascht. Das war angesichts ständiger Preiserhöhungen eine geradezu zynische Propaganda, aber sie war offensichtlich auf die Bedürfnisse des steirischen Wahlkampfes abgestimmt.

Zur Täuschung deutschnationaler Wählerschichten begann Krainer sogar seine eigene politische Vergangenheit zu verleugnen, nämlich die Tatsache, dass er sich während des Krieges den jugoslawischen Partisanen angeschlossen hatte. Den neuzeitlichen Methoden der Wahlpropaganda entsprechend, war der steirische Wahlkampf von der ÖVP aus mit grossem Aufwand ganz auf Josef Krainer abgestimmt.

Vier Tage vor der Wahl erhielt nun dieser Josef Krainer, der Koalitionsstörer, von der deutschen Bundesregierung eine hohe Auszeichnung verliehen. Das war - zu diesem Zeitpunkt und bei dieser unstrittigen Persönlichkeit - ein unpassender Eingriff in einen Wahlkampf und damit in innerpolitische Auseinandersetzungen Österreichs. Derartige Methoden erinnern peinlich an eine unruhliche Vergangenheit.

Der Erfolg blieb nicht aus: Der auf diese Weise zur Siedehitze gesteigerte und auf Verwirrung gerichtete Wahlkampf nützte nur der Opposition. Die ÖVP erhielt ihre bisherigen 24 Mandate und die FPÖ ihre 3 Mandate. Die Sozialisten hingegen verloren ein Mandat und die Kommunisten gingen als einzige wirkliche Sieger aus diesen Wahlen hervor. Sie erhielten ein Mandat und zogen damit triumphierend in den steirischen Landtag ein.

## Unerwünschte Anwesenheit

Der Vorsitzende der Karlsruher Jungsozialisten, Heinrich Kohut, ist um einen engen Kontakt mit den anderen politischen Jugendgruppen bemüht. Welche Erfahrung er dabei mit der Jungen Union machte, geht aus folgendem Brief hervor:

"Aus den "Badischen Neuesten Nachrichten" erfuhr ich den Termin einer Versammlung der Jungen Union. Als Referent war der Karlsruher CDU-Stadtrat, Herr Dr. Laule, Innenpolitischer Redakteur der genannten Zeitung, mit dem Thema "Die SPD mit Willy Brandt" angekündigt. Bisher hatte ich nur einmal eine Versammlung der Jungdemokraten besucht, wo ich freundliche Aufnahme fand und bei der Diskussion sogar zur Stellungnahme aufgefordert wurde. Anders verhielt es sich allerdings hier.

Ich betrat kurz nach 20 Uhr den Saal im ersten Stock des Koipinghauses und bat den bisher einzigen Besucher, mich darauf aufmerksam zu machen, wenn der Vorsitzende erscheint, damit ich mich vorstellen kann. Zehn Minuten nach acht Uhr erschien Herr Lehmann und gestattete mir nach meiner Vorstellung zwar etwas überrascht aber dennoch freundlich die Teilnahme. Auf meine Gegeneinladung, in nächster Zeit einmal mit den Karlsruher Jungsozialisten gemeinsam eine Veranstaltung zu organisieren, antwortete er, daß er sich etwas überfahren vorkomme und daß viele Dinge bedacht werden müssen, vor allem die Wirkung der Öffentlichkeit und er möchte sich jetzt noch nicht festlegen. Ich nahm an einem der Tische Platz und wurde von einem Teilnehmer, der nun schon wusste, in welches Lager ich gehöre, in ein aktastendes Gespräch verwickelt. Als Herr Dr. Laule den Raum betreten hatte, entspann sich ein Flüstergespräch, wobei als Ergebnis das herauskam, was mir einige Minuten später, vom Vorsitzenden, Herrn Lehmann, zur Kenntnis gebracht worden ist, nämlich, daß der Referent nicht zu sprechen bereit sei, solange ein Sozialdemokrat im Raum sei, da er einige harte Wahrheiten aussprechen müsse, die mich sicherlich verletzen würden und weil er den Wunsch des Referenten respektieren müsse, verbleibe ihm nichts anderes, als mich zu bitten, auf die Teilnahme zu verzichten.

Im Stillen hatte ich auch diesen Fall bedacht und antwortete Herrn Lehmann, daß ich es ihm nicht sonderlich verüble, wenn er mir einen solchen Bescheid erteilen müsse, aber ich bat ihn gleichzeitig, einmal darüber nachzudenken, ob er dies nicht selbst als Zeichen der Schwäche empfindet, samt seinen Parteifreunde das Mithören eines einzelnen Sozialdemokraten zu firechten. Nachdem ich ihn noch versicherte, daß sich solch ein Vorfall niemals umgekehrt abspielen könnte, weil wir jungen Sozialdemokraten jeder, gleich aus welcher Partei, bei unseren Versammlungen nicht nur gesondert freundlich begrüßen, sondern im Gegenteil, geradezu sitzen, zu den Problemen Stellung zu nehmen, blieb mir nichts anderes übrig, um den Wunsch des Referenten zu entsprechen, den Raum wieder zu verlassen."

### Endlich Klarheit im Fall Kilt

U.D. - Erinnern wir uns kurz zurück: am 30. Mai vorigen Jahres verwarf der Strafsenat des Oberlandesgerichts KBlr. die Beschwerden der Staatsanwaltschaft gegen den Beschluss der 7. Strafsenat Strafkammer des Landgerichts Bonn und setzte damit den Ministerialrat Kilt endgültig außer Verfolgung. Des Bundeskanzlers engster Mitarbeiter, dessen Leihwagenaffaire monatelang die Öffentlichkeit beschäftigt hatte, galt fortan als untadeliger Ehrenmann und konnte wieder unbeschädigt seinen neuen Aufgaben beim EURATOM in Brüssel nachgehen.

Um es dahin zu bringen, dem Ministerialrat Kilt vor allem den Auftritt auf der Angeklagtenbank des Bonner Landgerichts zu ersparen, hatte es allerhand Anstrengungen bedurft. Die letzte Zelle im Bonner Untersuchungsgefängnis war das einzige, was dem Kanzler-Referenten an materiellen Unbill für den Gebrauch von insgesamt 10 Mercedes-Fahrzeugen binnen dreieinhalb Jahren nicht zu ersparen gewesen war.

Aus allen anderen Widerlichkeiten packten ihn sein Amt und sein Dienstherr heraus. Sogar der Zufall war ihm hold, als mitten im Geschäftsjahr des Landgericht die Arbeit neu verwaltete und den Kilt der Quirini-Kammer entzog. Die Mühe, dem Landgerichtsdirektor Quirini einen Brief zu schreiben und sich über die staatsanwaltliche Vernehmung zu beschweren, hatte der Bundeskanzler nicht geschont, als er die Niederschrift seiner ersten Fihvernahme las.

Es ist der Öffentlichkeit verborgen geblieben, was in dieser ersten Adenauer-Aussage gestanden hatte. Wie der Bundeskanzler aber hatte verstanden sein wollen, lässt sich im nachhinein u.a. aus einem Absatz der 34-seitigen Begründung des Landgerichtsbeschlusses vermuten. Die Benutzung von zweisitzigen Sportwagen mit Höchstgeschwindigkeit von 175 Stundenkilometern hatte Adenauer mit "eiligen" Aufträgen begründet.

Seine Aussage fasste das Gericht so zusammen:

"Nach dem Ermittlungsergebnis steht auch die Tatsache, dass Kilt einer Behörde angehörte, die über einen eigenen Wagenpark verfügte, nicht der Annahme entgegen, dass die Fahrzeuge gestellt und vor ihm angenommen wurden im Interesse der Politik und des Dienstes. Der Eindruck, der entstehen könnte,

dass er sich die Mercedeswagen gestellen liess, um seiner Aufwuchtassismus oder seine Eitelkeit zu befriedigen, ohne dass für die Gestellung ein Grund vorhanden gewesen sei, weil er jederzeit auf ein Dienstfahrzeug habe zurückgreifen können, ist durch die Aussage des Bundeskanzlers bekräftigt, der bekundet hat, dass Dienstfahrzeuge keineswegs knapp und in ausreichendem Masse zur Verfügung ständen. Er habe öfters erlebt, dass Kilt Bahnreisen habe unternehmen müssen, weil es an Fahrzeugen fehlte. Das Kanzleramt sei sehr eng, Haushaltsmäßiger Bestimmungen unterworfen gewesen." (Unserstreichung durch die Redaktion)

Mit anderen Worten, die verfluchte Knausrigkeit des Haushaltsausschusses war es letztlich gewesen, die den Ministerialrat in die peinliche Situation gebracht hatte, "eilige" Aufträge des Deutschen Regierungschefs im Mercedes 190 SL Roadster ausführen zu müssen.

Der vom Kanzler als mangelhaft bezeichnete Wagenpark der Bundeskanzlei belief sich die ganze Leihwagenzeit hindurch, von 1954 bis 1958, auf insgesamt neun Personenkraftfahrzeuge. Die Tatsache, dass vom Kanzleramt keine Anstrengungen unternommen wurden, den Fahrzeugpark zu vergrössern, erlaubt den vorsichtigen Schluss, dass der Leihwagenzustand von Adenauer und seines Bürochef Giebke (Inhaber eines korrekten Beamten) nicht ganz so unerträglich empfunden wurde, wie es aus der obigen Aussage zu vermuten naheläge.

Die Probe auf den Wahrheitsgehalt der Aussagen des deutschen Bundeskanzlers im Verkehr mit der Justiz über hat in der vorigen Woche die Haushaltsberatung geliefert. Um für alle künftigen Fälle Leihwagenkollisionen auszuschliessen, beantragte die SPD bei der Beratung des Bundeskanzleramts-Etats die Beschaffung eines zweiten Wagens für den Gebrauch des Persönlichen Referenten des Bundeskanzlers. Die gerichtsnoterischen Schwierigkeiten in dieser Behörde, die einen hohen Beamten monatelang hinter Gitter gebracht hatten, sollten damit ein für alle mal ein Ende haben.

Die CDU/CSU aber lehnte den Antrag ab und der anwesende Bundeskanzler kühlte sich in verlegener Schweigen. Was jetzt noch von schon Aussagen im Falle Kilt festzustellen ist, bedarf keiner Worte mehr.

+ + +